

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

173. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 12. November 2019

Antrag 02

Verbindliche Maßnahmen zur Förderung von Getränkemehrwegsystemen ergreifen und ein Einwegpfand einführen

Die Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung auf, anlässlich der Umsetzung der EU-Single-Use-Plastic-Richtlinie ehebaldigst verbindliche Maßnahmen zur Förderung von Getränkemehrwegsystemen zu ergreifen. Ziel soll dabei sein, das Angebot von Mehrwegflaschen deutlich auszuweiten und so zu einer echten Wahlfreiheit der KonsumentInnen zu verbessern. Wirksame Verpflichtungen müssen dabei auf der Letztvertreiberebene ansetzen. Die hohen Erfassungsziele der EU-Single-Use-Plastic-Richtlinie für Kunststoffgetränkeflaschen sollen über ein Einwegpfand umgesetzt werden.

Abfallvermeidung und Recycling und das Anliegen, die Mitgliedstaaten dabei zu wirksamen Anstrengungen zu veranlassen, sind bekanntermaßen die abfallseitigen Schwerpunkte der EU-Kreislaufwirtschaftsstrategie, insb auch zum Kunststoffbereich. Diese haben auch Potential, die EU bei der Erreichung ihrer Klimaziele zu unterstützen und sind eine Handlungsfeld im Rahmen des geplanten Green Deal . Die Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (kurz: EU-Single-Use-Plastic-RL) zielt auf wirksamen Maßnahmen zur Vermeidung der Meeresvermüllung und enthält auch Maßnahmen zu Getränkeverpackungen. Ihre Umsetzung in Österreich soll daher Anlass für verbindliche Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Getränkemehrwegsystemen sein.

In den 90er Jahren hat der Mehrweganteil noch über 80% betragen und liegt derzeit annähernd stabil bei 20%, was wohl auf die Umsetzung der 2011 zwischen Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer abgeschlossenen „Sozialpartnerempfehlung Mehrweg“ ab dieser Zeit zurückzuführen ist. Die darauf aufbauende „Selbstverpflichtung Mehrweg“ enthält zahlreiche Maßnahmen zur Attraktivierung von Mehrweg mit dem Ziel, Mehrweg am Niveau von 2010 (22,1% ohne Fass und ohne Milch/Soda) zu stabilisieren. Mittlerweile ist diese Selbstverpflichtung in die laufende „Nachhaltigkeitsagenda der Getränkewirtschaft 2017 - 2030“ integriert worden.

Die ökologische Vorteilhaftigkeit von Getränkemehrwegsystemen ist seit langem

bekannt und wird nicht einmal von industriefinanzierten Studien ernsthaft in Frage gestellt. Für Mehrweg sprechen zudem regionalwirtschaftliche Erwägungen. Denn Mehrweg bevorzugt tendenziell regionale Erzeugung und mithin auch inländische Wertschöpfung, was unzweifelhaft auch entsprechende arbeitsplatzsichernde Effekte mit sich bringt. Die Sicherung von Arbeitsplätzen in regional situierten, kleinen und mittleren Unternehmen erscheint besonders wünschenswert. Dies gilt sowohl für die Erzeugung als auch den Vertrieb und stimmt auch gut mit den feststellbaren Konsumentenpräferenzen überein. Seit lange zeigen KonsumentInnenbefragungen eine anhaltend hohe Zustimmung für Mehrweg, machen aber auch auf den Verbesserungsbedarf in der Erkennbarkeit und Verfügbarkeit von Mehrweg aufmerksam.

Eine Studie des Umweltministeriums zur Umsetzung der EU-Single-Use-Plastic-RL hat gezeigt, dass ein Einwegpfand auf Getränke in Kunststoff- und Metallverpackungen die kostengünstigste Maßnahme zur Umsetzung der hohen Erfassungsziele der RL bis 2030 ist. Ein Einwegpfand birgt auch deutlich weniger Umsetzungsrisiken, als die Varianten, die nur auf die weitere Verdichtung der Getrenntsammlung gekoppelt mit einer Aussortierung der Getränkeflaschen aus dem Restmüll setzten, bevor er der Verbrennung zugeführt wird. Denn die Getrenntsammlung in Mehrparteienhäusern in urbanen Räumen stößt schon jetzt an Grenzen bezüglich des Platzbedarfs.

Durchaus bemerkenswert ist, dass die offenbar im Zuge der Klimaschutz- und Plastikdebatte geschärfte KonsumentInnennachfrage selbst eingefleischte Einwegabfüller bewogen hat und dazu bewegt, wieder in Glasmehrweg abzufüllen oder dies zeitnah anzukündigen. Dies ist auch ein Erfolg der Sozialpartnerempfehlung, die zu einer Versachlichung der Debatte zu „Mehrweg“ beigetragen hat. Es macht aber auch auf die offenkundigen Tendenzen im Handel und bei Großabfüllern aufmerksam, die Mehrweg künftig als Premiumsegment anbieten wollen, um die Zahlungsbereitschaft der KonsumentInnen abzuschöpfen. Das Stabilisierungsziel könnte sich da sogar als unerwünschter Plafond herausstellen. Um vor allem kleineren und mittleren Abfüllern eine klare Investitionsperspektive zu bieten und für KonsumentInnen potentiell kostengünstige Mehrwegsegmente zu erschließen, sollte die Umsetzung des Einwegpfands auch zum Anlass für verbindliche Ziele zur deutlichen Ausweitung des Mehrwegangebots im Handel etwa auf das Niveau von 2005 genommen werden, was einer Mehrwegquote von rund 50% (mit Fassware und Soda) entspricht. Das wird auch finanzielle Anreize (~ Bonus – Malus) erfordern, um die Kostenvorteile im Diskonhandel auszugleichen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------